

Gekürzt, gekündigt, geschlossen:

Druck auf soziale Infrastruktur nimmt 2025 weiter zu

Umfrage zur finanziellen Lage der
sozialen Arbeit

#Sozialinvestieren

1. **Über 80 Prozent** der Befragten rechnen perspektivisch mit der Kürzung oder Einstellung von sozialen Angeboten.
2. **20 Prozent** der befragten Träger haben in den vergangenen zwei Jahren Angebote vollständig eingestellt. Das ist ein Anstieg um fünf Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Umfrage.
3. **Mehr als 60 Prozent** der Einrichtungen und Organisationen gaben an, dass das soziale Angebot in ihrer Region nicht oder nur in Teilen ausreichend ist.

Einführung

„Milliardenloch im Haushalt“, „Bund muss weiter sparen“, „Sozialstaat zu teuer?“ – Schlagzeilen wie diese dominieren die Berichterstattung zur Sozialstaatsfinanzierung seit Jahren. Die Bundesregierung hat diverse Kommissionen beauftragt, Reformen und Einsparpotentiale im Sozialstaat auszuloten – immer wieder werden dabei auch die Kosten für die soziale Infrastruktur diskutiert. Doch wie ist es eigentlich finanziell um jene bestellt, die soziale Angebote vor Ort vorhalten?

Die Umfrage der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege beleuchtet die finanzielle Situation der Einrichtungen und Dienste 2025 – und die Frage, wie widerstandsfähig das System angesichts anhaltenden Spardrucks ist.

Die Befragungen der Wohlfahrtsverbände in den Jahren 2022¹, 2023² und 2024³ haben bereits belegt, dass die finanziellen Spielräume der Träger der gemeinnützigen sozialen Arbeit zunehmend schrumpfen. Steigende Lohnkosten, Preissteigerungen und stetig wachsende Bedarfe, z.B. im Bereich der Migrationsberatung oder der Altenhilfe, werden kaum oder gar nicht durch Fördermittelgeber bzw. Kostenträger ausgeglichen. Damit wird auch jede „Nullrunde“ zum realen Verlust an Handlungsspielraum – und jede Kürzung gefährdet das Überleben von Angeboten und ihren Trägern.

Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage zeigen: Die finanzielle Lage sozialer Träger ist nach wie vor beunruhigend – und die Perspektiven für soziale Angebote trüben sich weiter ein. Vor dem Hintergrund der sich beschleunigenden Debatten um die Reform des Sozialstaats muss die Lage von sozialen Einrichtungen vor Ort dringend stärker in den Fokus gerückt werden.

Methodisches und Stichprobe

Die teilstandardisierte Online-Umfrage bestand aus 11 Fragen und fand im Zeitraum 28.11.25 bis 25.01.26 statt. Die Teilnahme war anonym und freiwillig. Beworben wurde die Umfrage über Mail-Verteiler und Newsletter der beteiligten Wohlfahrtsverbände sowie über die sozialen Medien. Insgesamt gingen 3.596 valide Fragebögen ein.

Tabelle 1
Teilnehmer*innen nach Bundesland

Baden-Württemberg	262
Bayern	347
Berlin	162
Brandenburg	106
Bremen	74
Hamburg	83
Hessen	101
Mecklenburg-Vorpommern	28
Niedersachsen	255
Nordrhein-Westfalen	1.283
Rheinland-Pfalz	196
Saarland	60
Sachsen	121
Sachsen-Anhalt	57
Schleswig-Holstein	75
Thüringen	67
in mehreren Bundesländern bzw. bundesweit	76

Die teilnehmenden Organisationen/ Einrichtungen sind gemeinnützige Organisationen, die insbesondere der Mitgliedschaft und den Untergliederungen der BAGFW-Mitgliedsverbände angehören. Es gibt Teilnehmer*innen aus allen Bundesländern (Tabelle 1) und es beteiligten sich 76 Organisationen, die in mehreren Bundesländern bzw. bundesweit aktiv sind.

¹ Der Paritätische (2022): Soziale Infrastruktur vor dem Aus? Dramatische Kostensteigerungen gefährden den Bestand sozialer Einrichtungen und Dienste. [online: [umfrage-energiekosten-2021_web.pdf](https://www.paritaetische.de/umfrage-energiekosten-2021-web.pdf) (der-paritaetische.de)].

² Arbeiterwohlfahrt (AWO), Der Paritätische, Diakonie Deutschland (2023): Soziale Angebote vor dem Aus – Umfrage zur finanziellen Lage der

sozialen Arbeit. [online: [Umfrage zur finanziellen Lage sozialer Arbeit: Wohlfahrtsverbände warnen vor Zusammenbruch sozialer Infrastruktur – AWO](https://www.bagfw.de/umfrage-zur-finanziellen-lage-sozialer-arbeit-wohlfahrtsverbande-warnen-vor-zusammenbruch-sozialer-infrastruktur-awo)].

³ BAGFW (2024): Sozialkürzungen verhindern – In Zusammenhalt investieren. Umfrage zur finanziellen Lage der sozialen Arbeit. [online: [Sozialkürzungen verhindern in Zusammenhalt investieren 190624.pdf](https://www.bagfw.de/sozialkuerzungen-verhindern-in-zusammenhalt-investieren-190624.pdf)].

„Wenn wir unsere Dienstleistungen einschränken müssen, werden unsere Klienten – eigentlich die gesamte Gesellschaft – ihre Probleme nicht lösen. [...] in der Gesellschaft werden die Spaltungen viel deutlicher.“

Tabelle 2
Organisationen nach Größe (Anteil in %)
Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter*innen

weniger als 10 Mitarbeitende	19,18
10–49 Mitarbeitende	23,59
50–199 Mitarbeitende	22,71
über 200 Mitarbeitende	32,00
keine Angabe	2,52

Nach den Beschäftigtenzahlen haben sich vornehmlich große Organisationen an der Umfrage beteiligt, aber auch Organisationen mit weniger Mitarbeitenden sind stark vertreten (Tabelle 2). Die Befragten decken dabei alle Tätigkeitsfelder der sozialen Arbeit ab. Die am stärksten vertretenen Tätigkeitsfelder sind die Jugend- und Eingliederungshilfe (Abbildung 1). Mehr als die Hälfte der teilnehmenden Einrichtungen und Organisationen betreuen oder beraten jeden Tag mehr als 100 Menschen. Allein in den Einrichtungen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, werden täglich mehr als 200.000 Menschen versorgt.

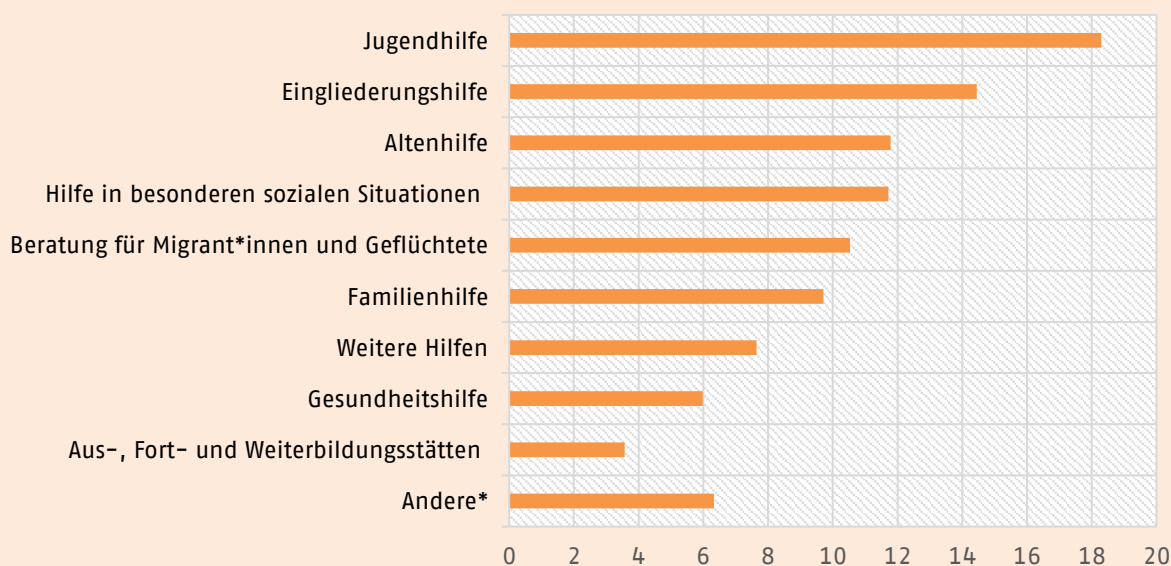
Entsprechend ist auch das gesamte Spektrum unterschiedlicher Finanzierungsformen sozialer Arbeit vertreten, insbesondere aber Entgelt- über Zuwendungsfinanzierung.

Knapp zwei Drittel haben Angebote bereits gekürzt oder eingestellt

Die Ergebnisse bestätigen in weiten Teilen die Trends vorheriger Umfragen: Wie schon 2024 gaben 65 Prozent der Befragten an, dass sie aufgrund von Finanzierungsproblemen in den vergangenen beiden Jahren bereits Angebote und Leistungen einschränken mussten. Bemerkenswert ist der Blick auf den Anteil derer, die Angebote und Leistungen gänzlich einstellen mussten: Er wächst im Vergleich zu 2024 um fünf Prozentpunkte auf 20 Prozent an (siehe Abbildung 2).

Abbildung 1

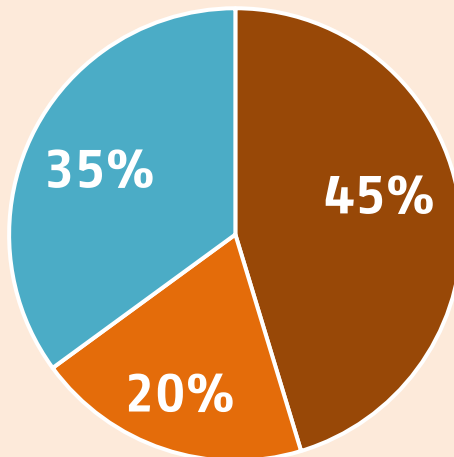
Tätigkeitsfelder: Anteil der befragten Organisationen (in %)



*u.a. Suchthilfe, Schuldnerberatung, Schwangerenberatung, Freiwilligendienste

Abbildung 2

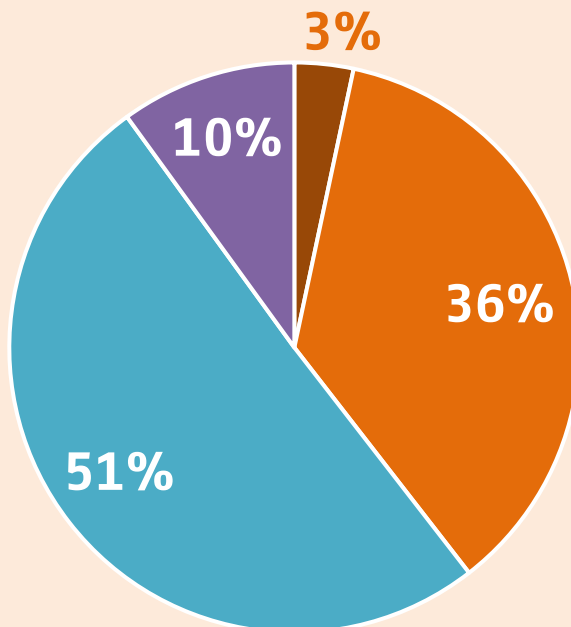
Mussten Sie finanziell bedingt, auf Grund von Kostensteigerungen und/oder Kürzungen, in den letzten zwei Jahren bereits Angebote/Leistungen für Ihre Klient*innen einschränken oder ganz einstellen? (in %)



- Ja, Angebote/Leistungen mussten etwas eingeschränkt werden.
- Ja, Angebote/Leistungen mussten ganz eingestellt werden.
- Nein, bisher waren keine kostenbedingten Reduzierungen der Angebote/Leistungen nötig.

Abbildung 3

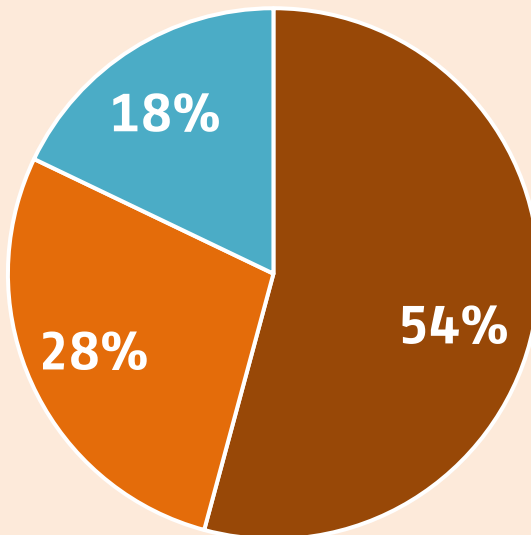
Ist das Angebot an sozialen Diensten in Ihrem Arbeitsfeld vor Ort ausreichend? (in %)



- Ja, voll und ganz
- Ja, weitgehend
- Nein, nur teilweise
- Nein, überhaupt nicht

Abbildung 4

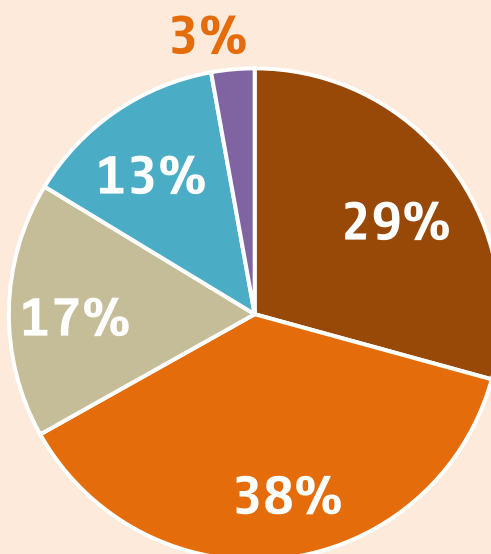
Rechnen Sie damit, dass Sie perspektivisch Angebote/Leistungen für Ihre Klient*innen einschränken oder ganz einstellen müssen? (in %)



- Ja, wir rechnen damit, Angebote/Leistungen etwas einschränken zu müssen.
- Ja, wir rechnen damit, Angebote/Leistungen ganz einstellen zu müssen.
- Nein, bisher sind keine kostenbedingten Reduzierungen der Angebote/Leistungen absehbar.

Abbildung 5

Erwarten Sie, dass aufgrund der wegfallenden Angebote in Ihren Einrichtungen auch die Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement für das Gemeinwesen vor Ort abnehmen werden? (in %)



- Ja, eindeutig
- Ja, möglicherweise
- Weiß nicht
- Nein, eher nicht
- Nein, überhaupt nicht

Diese Zahlen stehen im starken Kontrast dazu, wie die Befragten die Angebotslage in ihren Tätigkeitsfeldern vor Ort einschätzen: 61 Prozent sind der Meinung, dass entsprechende soziale Angebote in ihren Kommunen und Regionen nicht oder nur teilweise ausreichend vorhanden sind (siehe Abbildung 3).

Damit setzt sich ein weiterer Trend fort, den schon die Umfrage 2024 gezeigt hat: Auch nach Jahren der Unterversorgung mit sozialen Angeboten wurde die Finanzierungslage sozialer Träger noch immer nicht verbessert.

Tiefstand bei Zukunftsperspektiven: 82 Prozent rechnen mit Kürzung oder Einstellung von Angeboten

Von besonderem Interesse ist auch bei der vorliegenden Umfrage die Zukunftsperspektive der Befragten: 82 Prozent der Befragten erwarten, dass sie perspektivisch weitere Angebote und Leistungen zurückfahren müssen. Dabei gaben 28 Prozent an, dass Angebote und Leistungen ganz wegfallen könnten (siehe Abbildung 4). Im Bereich der Angebote, die gänzlich wegzufallen drohen, wird damit ein trauriger Rekord erreicht.

*„Längere Wartezeiten für Klient*innen, höhere Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden, unzufriedenere Bürger*innen – das führt zur Zunahme diskriminierender politischer Ideologien.“*

„Wenn Angebote und Dienste aus Kostengründen eingestellt werden müssen, würde das die soziale Infrastruktur des Sozialraums gefährden. Es wären viele Menschen auf sich allein gestellt, und die soziale Kluft würde sich vergrößern.“

Auch freiwilliges Engagement in Gefahr

Ein weiterer Befund der Vorjahre, der sich bestätigt: Jene Befragten, die mit dem Wegfall oder der Kürzung von Leistungen rechnen, befürchten dadurch auch den Rückgang von Ehrenamt.

Knapp 70 Prozent erwarten, dass die Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement abnehmen werden, wenn hauptamtliche Strukturen eingespart werden müssen. Die Wohlfahrtsverbände weisen regelmäßig darauf hin, dass Ehrenamt vielerorts nur möglich ist, weil Strukturen und Räume durch professionelle soziale Arbeit vorgehalten werden.

Die Bedeutung sozialer Angebote für das Engagement der Zivilgesellschaft muss bei der Diskussion um Sozialkürzungen stärker in den Blick rücken.

Impressum:

Herausgeber*innen: Arbeiterwohlfahrt (AWO), Deutscher Caritasverband e.V., Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

AWO Bundesverband e.V.

Blücherstraße 62 – 63, 10961 Berlin

Telefon +49 030/26309 – 259

E-Mail: info@awo.org

Internet: www.awo.org

Verantwortlich i.S.d. Presserechts: Claudia Mandrysch, Dr. Marvin Deversi, AWO Bundesverband e.V.

Gestaltung: AWO Bundesverband e.V.

25. Februar 2026